

Motion Elsi Meyer (SP) vom 24. April 1997: Mehr Chancen für benachteiligte Gruppen auf dem Wohnungsmarkt; Abschreibung

Der Stadtrat hat am 26. März 1998 die folgende Motion von Elsi Meyer (SP) erheblich erklärt und am 16. Juni 2005 einer dritten Fristverlängerung zur Erfüllung der Motion bis Ende März 2007 zugestimmt:

Trotz einer gewissen Entspannung auf dem Wohnungsmarkt haben verschiedene Personengruppen Mühe, eine ihrem Einkommen entsprechende Wohnung zu finden. Gerade preisgünstige Wohnungen, die für Familien geeignet sind, werden tendenziell Personen mit sicherem Arbeitsplatz oder Einkommen vermietet.

Menschen mit bescheidenem Einkommen, von persönlichen oder gesellschaftlichen Lebenskrisen Betroffene und Personen ausländischer Herkunft finden nur mit grossem Glück eine passende Wohnung. Oftmals beansprucht die Miete einen zu grossen Teil ihres Einkommens und hat deshalb nicht selten eine Sozialhilfeabhängigkeit zur Folge. Die von der Stadt Bern unterstützten Projekte (Notunterkünfte und begleitetes Wohnen) sind explizit auf Übergangslösungen und einen Kreis von Menschen in ausserordentlich schwierigen Lebenssituationen ausgerichtet.

In Zürich führt der Trägerverein "Domicil" eine Vermittlungsstelle, die zum Ziel hat, auf grösstmöglich selbst tragender Basis benachteiligten Personengruppen einen besseren Zugang zum Wohnungsmarkt zu ermöglichen. In der Trägerschaft sind vertreten: Mieterinnen- und Mieterverband, Hauseigentümergebiet, Immobilienverwaltungen und gemeinnützige städtische und private Organisationen.

Zwei Sozialarbeiterinnen versuchen über direkte Beziehungen oder Inserate freie Wohnungen zu finden, die sie dem angemeldeten Personenkreis mit einer Mietzinsgarantie vermitteln. Die Mietenden bezahlen den Mietzins direkt an die Verwaltungen. Bei Problemen (ausstehender Mietzins oder Konfliktsituationen) können sich die Beteiligten an den Verein "Domicil" wenden.

Die Mitarbeiterinnen haben es mit einem aufgeteilten 140%-Pensum verstanden, ihre Vereinskasse bisher nicht mit ausstehenden Mieten zu belasten und durch kompetente Zusammenarbeit mit allen Beteiligten 1996 71 Wohnungen an Personen zu vermitteln, die sonst keine ihren Verhältnissen angepasste Wohnung gefunden hätten. Für diese Art von präventiver Sozialpolitik besteht auch in Bern Bedarf.

Der Gemeinderat wird deshalb beauftragt, Starthilfekapital für den Projektaufbau und den Betrieb eines Pilotjahrs bereitzustellen, damit eine Vermittlungsstelle für benachteiligte Gruppen und Personen auf dem Wohnungsmarkt realisiert werden kann. Wenn immer möglich, ist bei Einzugskreis und Trägerschaft vom Gebiet der Gemeinden des Verbands Region Bern auszugehen. In der Trägerschaft sollen die Organisationen der Mietenden und der Hausbesitzenden, Vertretungen von öffentlichen, gemeinnützigen und privaten Immobilienverwaltungen sowie private Trägerschaften aus dem Sozialbereich vertreten sein.

Bern, 24. April 1997

Motion Elsi Meyer (SP), Margrit Stucki, Ruth Rauch, Heidi Flückiger Ehrenzeller, Esther Kälin Plézer, Oskar Balsiger, Marie-Louise Durrer, Edith Olibet, Walter Christen, Leslie Lehmann, Marcel Fankhauser, Irène Marti Anliker, Barbara Geiser, Liselotte Lüscher, Barbara Stucki, Peter Blaser, Andreas Hofmann, Heinz Junker, Andreas Krummen, René Zimmermann, Sylvia Spring Hunziker, Edith Lörtscher

Bericht des Gemeinderats

Die Stadt Bern hat in Erfüllung der Motion zusammen mit dem Verein Obdach Bern ein Konzept für den Aufbau und den Betrieb einer Wohnungsvermittlungsstelle "Domicil Bern" erarbeitet; für den Betrieb war gemäss Projektkonzept eine Pilotphase von 12 Monaten vorgesehen. Die Vermittlungsstelle sollte schwergewichtig für benachteiligte Personen mit bisherigem Wohnsitz in Bern tätig sein, diesen Personen aber bei der Suche nach einer passenden Wohngelegenheit in der ganzen Region Bern behilflich sein. Die Beschränkung der Vermittlungstätigkeit auf in Bern ansässige Personen schien den am Projekt Beteiligten angesichts der kurzen Pilotphase von einem Jahr besser geeignet als die in der Motion geforderte Ausweitung auf die Region Bern.

Vorgesehen war, den Pilotversuch im Jahr 2000 durchzuführen. Die Stadt Bern wollte den Verein Obdach Bern mit dem Aufbau und dem Betrieb der Wohnungsvermittlungsstelle beauftragen. Da bis Mitte 2000 jedoch kein rechtskräftiger Voranschlag der Stadt Bern für das laufende Jahr vorlag, konnte der Gemeinderat den für die Pilotphase notwendigen Nachkredit von Fr. 105 000.00 nicht bewilligen. Die Vorbereitung und Durchführung des Versuchs musste deshalb um ein Jahr verschoben werden; im Voranschlag für 2001 war der entsprechende Kredit von Fr. 105 000.00 enthalten.

Im August 2001 teilte die für den Versuch vorgesehene private Institution (Verein Obdach Bern) der Stadt Bern mit, dass sie auf Grund der aktuellen internen Situation nicht in der Lage sei, das Pilotprojekt zu übernehmen. Auch eine Intervention von Gemeinderatsmitgliedern konnte an dieser Entscheidung nichts ändern. Der Gemeinderat verzichtete aus diesem Grund darauf, den für das Jahr 2001 vorgesehenen, aber nicht beanspruchten Kredit erneut zu budgetieren. Damit fehlen heute die notwendigen Budgetmittel, um einen Pilotversuch im Sinne der Motion durchzuführen.

Auch ohne ein solches Projekt bestehen in der Stadt Bern verschiedene Angebote, die sich an den in der Motion erwähnten Personenkreis richten. Es handelt sich dabei um die folgenden Möglichkeiten:

Wohnungen als Zwischenlösung

Die städtische Liegenschaftsverwaltung verfügt in Ausserholligen über eine Liegenschaft mit 30 Dreizimmerwohnungen, die befristet und gezielt an Wohnungssuchende abgegeben werden, die kurzfristig und vorübergehend auf eine Wohnmöglichkeit angewiesen sind.

Hilfe bei der Wohnungssuche

Wohnungssuchende werden von der städtischen Liegenschaftsverwaltung mit einem Merkblatt mehrsprachig auf das Wohnungsangebot in der Agglomeration hingewiesen.

Zwischennutzungen

Vorübergehend leerstehender städtischer Wohnraum (z.B. vor Sanierungen) wird jeweils Wohnungssuchenden kurzfristig und günstig abgegeben.

Wohnungsbörsen Ausserholligen und Oberes Murifeld

In den beiden städtischen Überbauungen Oberes Murifeld und Ausserholligen sind Wohnungsbörsen (bestehend aus gewählten Quartiervertretungen und Mitarbeitenden der städtischen Liegenschaftsverwaltung) für die Zuteilung der freien Wohnungen zuständig.

Begleitetes Wohnen

Private Institutionen begleiten und betreuen im Auftrag der Direktion für Bildung, Soziales und Sport während einer befristeten Zeit Sozialempfängerinnen und Sozialempfänger in speziell dafür gemieteten Wohnungen.

Ablösung zu selbständigem Wohnen

Falls Personen trotz wiedererlangter Wohnkompetenz keine Wohnung finden, sind ihnen oben erwähnte private Institutionen bei der Wohnungssuche behilflich. Falls erforderlich, garantieren die Institutionen auch weiterhin eine Betreuung und Begleitung.

Zusammenfassend ist festzustellen, dass die Stadt Bern für die Durchführung eines Pilotversuchs keine finanziellen Mittel zur Verfügung hat. Es konnte auch keine regionale Trägerorganisation gefunden werden. Der Gemeinderat erachtet die Idee dieser zehnjährigen Motion als nicht durchführbar. In der Stadt Bern bestünde zwar sehr wohl Bedarf nach mehr günstigem Wohnraum, dieser kann aber nur gemeinsam mit privaten Liegenschaftseigentümerinnen und -eigentümern gedeckt werden. Die von der städtischen Liegenschaftsverwaltung vermieteten günstigen Wohnungen sind an bestimmte Kriterien (zwei Jahre in Bern gemeldet, der Bruttomietzins darf ein Viertel des Bruttoeinkommens nicht übersteigen, pro Person 1 Zimmer plus max. 1 Zimmer) gebunden. Eine Trägerorganisation für dieses Projekt müsste zudem zwingend überregional tätig sein, weshalb es sich nicht um eine Aufgabe für die Stadt Bern handeln kann.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die Motion abzuschreiben.

Bern, 28. März 2007

Der Gemeinderat